

## **Windkraftgegner machen mobil**

Von Michael Rabba

Die Bürger-Initiative Windpark Lange Heide macht mobil. Für den kommenden Sonntag lädt sie die Anwohner nicht nur aus Heilshorn, sondern auch aus Garlstedt, Buschhausen und Westerbeck zu einer Versammlung in die Turnhalle Heilshorn ein. Dort will die Initiative darüber informieren, welche Belastungen ihrer Ansicht nach auf die Anlieger zukommen, sollte der Windpark um 150 oder 180 Meter hohe Windräder erweitert werden. Auch den Bundesumweltminister Peter Altmaier hat die Initiative angeschrieben.



Detlef Gödicke, Berend von Rex-Gröning, Peter Golinski und Karl-Heinz Kern (von links) von der Bürgerinitiative wollen, dass am Windkraft-Standort Lange Heide alles bleibt, wie es ist.

Osterholz-Scharmbeck. Am Mittwoch, 17. Oktober, befasst sich der Ratsausschuss für Planung und Stadtentwicklung erneut mit der Ausweisung des Windkraftstandortes Lange Heide in Heilshorn als Windenergie-Vorranggebiet im Flächennutzungsplan der Kreisstadt (16 Uhr, Rathausaal). Damit will die Stadt eine Vorgabe aus dem rechtskräftigen Regionalen Raumordnungsprogramm (RRÖP) des Landkreises umsetzen.

Wie berichtet, plant der Bremer Windkraftbetreiber "wpd", im künftigen Vorranggebiet neue Windräder zu errichten. Bislang gibt es dort zehn, bis 75 Meter hohe Anlagen. Zur Diskussion stehen nun bis zu sieben zusätzliche Windräder mit einer Gesamthöhe von 150 oder 180 Metern.

Im Vorfeld der Ausschuss-Sitzung wollen die Windkraftgegner weiter für Gegenwind sorgen: Sie haben die Bürger in Heilshorn, Garlstedt, Buschhausen und Westerbeck für Sonntag, 14. Oktober, zu einer Versammlung in der Turnhalle in Heilshorn eingeladen (Beginn um 15 Uhr). Dann will die rund 16 Mitglieder starke Bürgerinitiative auf ihre Befürchtungen im Zusammenhang mit neuen Windrädern hinweisen.

Da sei zum einen der von Windrädern ausgehende Infraschall. Von diesen niederfrequenten Schwingungen "sind alle in der Ortschaft betroffen", sagen Karl-Heinz Kern, Berend von Rex-Gröning, Detlef Gödicke und Peter Golinski als Vertreter der Bürgerinitiative. Sie verweisen auf den ebenfalls von "wpd" betriebenen Windpark in Wilstedt (Landkreis Rotenburg-Wümme): Dort klagten Bürger über gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die Lärmemissionen der Windräder. Die Heilshorner Windkraftgegner fordern, die Ausweisung des Windenergie-Vorranggebietes Lange Heide so lange auf Eis zu legen, bis die Ergebnisse einer Gesundheitsstudie der Universität Halle zu Wilstedt vorliegen.

### **Auch Politiker eingeladen**

150 oder 180 Meter hohe Windräder in einem Abstand von 800 Metern zur Wohnbebauung in

Heilshorn würden auch eine Wertminderung der Grundstücke und Häuser "bis zur Unverkäuflichkeit" bedeuten, argumentieren die Gegner. Zu der Versammlung am Sonntag haben sie auch die im Stadtrat vertretenen Parteien eingeladen. "Wir hoffen auf ein Umdenken bei den Politikern", so Karl-Heinz Kern. Die Politik sollte mit dem Ausbau der Windkraft "maßvoll umgehen", sagt Detlef Gödicke. Und weil Bundesumweltminister Peter Altmaier unlängst von den Bundesländern gefordert hat, den Bau von Windrädern auf ein "vernünftiges Maß" zurückzuführen, hoffen die Heilshorner Windkraft-Gegner auf Rückenwind durch Altmaier. In einem Schreiben weisen sie den christdemokratischen Bundesminister auf die Planungen in Heilshorn hin und bitten diesen, "Ihre Umweltstrategie auch lokal umzusetzen".

Ob die neuen Windräder im Gebiet Lange Heide 150 oder 180 Meter hoch sein dürfen, darüber befindet der Ausschuss am 17. Oktober nicht – das will die Stadt in einem Vertrag mit "wpd" regeln.

In der Vorlage für die Ausschuss-Sitzung sind dafür auch die von den Windkraft-Gegnern eingebrachten Anregungen zur F-Planänderung aufgelistet – darunter der Wunsch, die Ergebnisse der Wilstedt-Gesundheitsstudie abzuwarten und einen Mindestabstand der neuen Windräder zur nächsten Bebauung von 1500 Metern festzuschreiben. Diesen Anregungen "wird nicht gefolgt", empfiehlt die Stadtverwaltung.